

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

JÜDISCHE STUDIERENDENUNION DEUTSCHLAND, RCDS, JUSO-HSG, LHG & CAMPUSGRÜN

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

Seit dem siebten Oktober und spätestens nach dem brutalen Angriff auf den jüdischen FU-Studenten Lahav Shapira ist das Problem des Antisemitismus an deutschen Universitäten bundesweit bekannt.

Neben unzähligen Aktionen und Demonstrationen behindern extremistische Studenten den universitären Alltag zunehmend durch Störaktionen. Des Weiteren werden jüdische sowie nicht-jüdische Studenten seit Monaten aufgrund ihres Engagements gegen diese extremistischen Gruppierungen beleidigt und bedroht.

Unsere Universitäten müssen ein Ort der freien Debatte sein. Die Ausbreitung und der nicht entschlossene Kampf gegen diese extremistischen Gruppierungen, welche Vereinen und Organisationen nahe stehen, die vom Verfassungsschutz als "extremistisch" eingestuft oder von der Bundesregierung verboten worden sind, führt zu einer Entfernung dieses Ideals.

Aus diesem Grund unterstützen wir die Anpassung des Hochschulgesetzes, welches den Hochschulleitungen das Instrument der Exmatrikulation in die Hand gibt. Extremistische und gewalttätige Studenten sollten mit einer Exmatrikulation als ultima ratio rechnen müssen. Eine wehrhafte Demokratie muss sich verteidigen – auch an Universitäten.